

Werner Rügemer

## **Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP): Private gewinnen**

Das Konstrukt Public Private Partnership (PPP) wurde unter den Regierungen von Margret Thatcher und Tony Blair entwickelt, also den Vorreitern der Deregulierung und Privatisierung. Erfunden wurde es von Bankern und Finanzberatern der City of London. PPP ist ein typisches Produkt des neoliberalen Typs: Gefälliger Name verschleiert private Interessen. Die SPD/Grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder hat das übernommen; die einzige Veränderung bestand darin, den Begriff ins Deutsche zu übersetzen.

Der finanzielle „Vorteil“ für die überschuldete Kommune besteht darin, dass sie zunächst keinen Kredit aufnehmen muss, um Schulen, Bäder, Krankenhäuser, Straßen, Rathäuser, Messehallen u.ä. bauen oder sanieren zu lassen. Vielmehr finanziert der private Investor vor, die öffentliche Hand zahlt meist 30 Jahre eine Miete. Die weitere Verschuldung der öffentlichen Hand wechselt somit nur den Namen und wird in die Zukunft verschoben. Dazu fallen zusätzliche „Transaktionskosten“ für die zahlreichen privaten Berater an.

Der eigentliche Vertragspartner ist nicht der Investor, sondern eine von ihm für jedes Projekt gegründete Projekt-GmbH mit geringem Eigenkapital; mit der Drohung der Insolvenz kann der Investor Nachforderungen erpressen. Da der Investor als Generalunternehmer die Subunternehmer bestimmt, werden alle Dienstleistungen für Jahrzehnte dem öffentlichen Wettbewerb entzogen; vielmehr organisiert er in Eigenregie einen Dumping-Wettbewerb nach unten. Sein Verantwortungshorizont endet nach 30 Jahren, wenn der strukturelle Reparatur- und Erneuerungsbedarf beginnt. In der Regel finanziert der Investor mithilfe eines Immobilienfonds; die Anleger erhalten neben der Gewinnausschüttung einen Steuervorteil – jedes Projekt führt zu einem langfristigen Steuerverlust des Staates.

Den vor der Entscheidung im Stadtrat vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeits-Vergleich erstellen spezialisierte Beraterfirmen, die zur ÖPP-Lobby gehören. Sie erstellen ihn modellhaft, bevor ein konkretes Angebot vorliegt. Sie setzen die Kosten unter kommunaler Regie tendenziell zu hoch an; es wird schöngerechnet und auch mal manipuliert; die Grenzen zwischen Beratung und Lobbyismus zerfließen; das haben zuletzt auch alle Landesrechnungshöfe und der Bundesrechnungshof in ihrem „Gemeinsamen Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten“ (September 2011) festgestellt. Der Abbau öffentlicher Stellen führt zur weiteren Abhängigkeit von Investoren und Beratern. So wird PPP im Endeffekt und gesamtwirtschaftlich wesentlich teurer.

Für die gewählten Volksvertreter bleiben die Verträge vor der Entscheidung geheim. Kommunale Demokratie, Gestaltungskompetenz und Haushaltshoheit werden für Jahrzehnte ausgehebelt, der Niedriglohnsektor wird ausgeweitet.

*Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster 2008 (4. Auflage)*  
*„Heuschrecken“ im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments. Bielefeld 2011 (2. erweiterte Auflage)*  
[www.werner-ruegemer.de](http://www.werner-ruegemer.de)